

## Vereinbarung über eine Eisenbahnkreuzungsmaßnahme nach §§ 3, 12 EKrG

Zwischen<sup>1</sup> der  
**DB Netz AG<sup>2</sup>**  
vertreten durch ...  
[Adresse]

- nachstehend **DB Netz AG** genannt -

und der/dem  
...  
vertreten durch ...  
[Adresse]

- nachstehend **Straßenbaulastträger** genannt -

wird gemäß § 5 Eisenbahnkreuzungsgesetz (EKrG)

folgende Vereinbarung geschlossen:

### § 1 Gegenstand der Vereinbarung

- (1) Die ..... Straße (Nr. ....) von ..... nach ..... kreuzt die Eisenbahnstrecke (Nr. ....) von ..... nach ..... in Bahn-km / Straßen-km oder Stationskilometer .....
- (2) Die vorhandene Kreuzung ist als Straßenüberführung / Eisenbahnüberführung hergestellt.
- (3) Beteiligte an der Kreuzung sind die DB Netz AG als Baulastträger des Schienenweges und der/die/das ..... als Baulastträger der Straße<sup>3</sup>.
- (4) Aus Gründen der Sicherheit und/oder der Abwicklung des Verkehrs verlangt/verlangen die DB Netz AG ..... und/oder der Straßenbaulastträger .....

---

<sup>1</sup> Sind mehrere Schienenbaulastträger/Straßenbaulastträger beteiligt, so sind alle Beteiligten aufzuführen und eindeutig zu bezeichnen.

<sup>2</sup> DB Netz AG ist in der Vereinbarung zu ersetzen, wenn ein anderes Eisenbahninfrastrukturunternehmen Schienenbaulastträger ist.

<sup>3</sup> Wenn die Baulast für Fahrbahn und Gehwege geteilt ist, sind beide Baulastträger aufzuführen.

- (5) Die Kreuzungsbeteiligten sind sich einig, dass es sich hierbei um die Änderung einer Kreuzung im Sinne der §§ 3, 12 Nr. 1 EKrG *bzw. im Sinne der §§ 3, 12 Nr. 2 EKrG* handelt.

**Alternative zu § 1 Abs. 5**

- (5) *Die Kreuzungsbeteiligten können sich nicht über die rechtliche Einordnung der Maßnahme einigen.*

*Die DB Netz AG vertritt die Auffassung, dass .....*

*Der Straßenbaulastträger vertritt hingegen die Auffassung, dass .....*

*Die DB Netz AG / Der Straßenbaulastträger wird hierzu*

- *eine Anordnung des BMVI/der von der Landesregierung bestimmten Behörde im Kreuzungsrechtsverfahren gemäß § 10 Abs. 4 EKrG beantragen.*

**[oder]**

- *eine gerichtliche Klärung veranlassen.*

**§ 2 Art und Umfang der Maßnahme**

- (1) Beschreibung der kreuzungsbedingten Maßnahme<sup>4</sup>:

- a) ...
- b) ...
- c) ...

- (2) Beschreibung der nichtkreuzungsbedingten Maßnahme:

- (3) Im Übrigen gelten die nachstehend aufgeführten Anlagen<sup>5</sup>, die Bestandteile dieser Vereinbarung sind. Darüber hinaus gelten die Unterlagen und Pläne denen die Beteiligten schriftlich zugestimmt haben:

- Anlage 1: Erläuterungsbericht
- Anlage 2: Kostenzusammenstellung
- Anlage 3: Übersichtsplan
- Anlage 4: Lageplan
- Anlage 5: Höhenplan
- Anlage 6: Bauwerkspläne (wesentliche Ansichten und Schnitte)

---

<sup>4</sup> Die Maßnahme ist in ihren wesentlichen Teilen näher zu beschreiben; hierzu gehört auch die Beseitigung nicht mehr erforderlicher Anlagen.

<sup>5</sup> Anlagen mit korrekter Bezeichnung sowie Stand mit Datumsangabe

### **§ 3 Öffentlich-rechtliches Zulassungsverfahren**

Die DB Netz AG / der Straßenbaulastträger wird/hat für die Maßnahme ein Planfeststellungsverfahren / Plangenehmigungsverfahren nach dem Allgemeinen Eisenbahngesetz (AEG) / Bundesfernstraßengesetz (FStrG) / Straßengesetz des Landes ... .. (LStrG) beantragen/eingeleitet.

#### **1. Alternative zu § 3:**

*Für die Maßnahme ist ein Planfeststellungsverfahren / Plangenehmigungsverfahren nach dem Allgemeinen Eisenbahngesetz (AEG) / Bundesfernstraßengesetz (FStrG) / Straßengesetz des Landes ..... (LStrG) durchgeführt worden. (Planfeststellungsbeschluss / Plangenehmigung der/des ..... vom .....; Aktenzeichen.....).*

#### **2. Alternative zu § 3:**

*Für die Maßnahme kann ein Planfeststellungs-/ Plangenehmigungsverfahren gemäß § ... Bundesfernstraßengesetz (FStrG) / § ... Landestraßengesetz (LStrG) entfallen.*

#### **3. Alternative zu § 3:**

*Für die Maßnahme wird/ist ein Bebauungsplan nach § 17b Abs. 2 Bundesfernstraßengesetz (FStrG)/§ ..... Landestraßengesetz in Verbindung mit § 9 Baugesetzbuch (BauGB) aufgestellt/aufgestellt worden (Aktenzeichen .....).*

#### **Ggf. zusätzlich:**

*Ergänzend dazu wird von der DB Netz AG für die Änderung ihrer Betriebsanlagen ein Planfeststellungs-/Plangenehmigungsverfahren beantragt/eingeleitet/ist von der DB Netz AG für die Änderung ihrer Betriebsanlagen ein Planfeststellungsbeschluss / eine Plangenehmigung erwirkt worden (Aktenzeichen.....).*

### **§ 4 Planung und Durchführung der Maßnahme**

- (1) Die DB Netz AG plant und führt die in § 2 Abs.1 Buchst. ....und/oder der Straßenbaulastträger<sup>6</sup> plant und führt die in § 2 Abs.1 Buchst. .... aufgeführten Maßnahmen nach Maßgabe der „Richtlinien für die Planung, Baudurchführung und Abrechnung von Maßnahmen nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz“ (Allgemeines Rundschreiben Straßenbau (ARS) Nr. 10/2014 vom 18.11.2014) durch.

Ergänzend zu diesen Richtlinien vereinbaren die Beteiligten folgendes:  
.....

- (2) Ergeben sich durch die Maßnahmen aus § 2 Einwirkungen auf Anlagen des anderen oder dessen Verkehr, wird der Baudurchführende vorher dessen Zustimmung einholen. § 4 (2) des EKrG bleibt hiervon unberührt.
- (3) Die Realisierung der Maßnahme ist in den Jahren ..... vorgesehen. Der Baubeginn wird dem Straßenbaulastträger/der DB Netz AG ..... Wochen im Voraus schriftlich angezeigt. Für die weiteren Einzelheiten, insbesondere zur zeitlichen Durchführung der Maßnahmen, gelten die im Schriftwechsel zu vereinbarenden Einzelheiten. Kurzfristig notwendige Änderungen des Bauablaufs werden dem jeweils anderen Kreuzungsbeteiligten unverzüglich angezeigt.

---

<sup>6</sup> Wenn mehr als ein Straßenbaulastträger Maßnahmen plant/durchführt sind diese getrennt aufzuführen.

- (4) Alle Arbeiten werden unter Aufrechterhaltung des Eisenbahnbetriebes und/oder des Straßenverkehrs ausgeführt. Der Verkehr auf den sich kreuzenden Verkehrswegen wird während der Baudurchführung einschließlich Abnahme, Vermessung und Bauwerksprüfung so wenig wie möglich beeinträchtigt.

**Alternative zu § 4 Abs. 4**

- (4) *Während der Bauausführung werden/wird die Eisenbahnstrecke und/oder die Straße ganz/zeitweise gesperrt. Der verbleibende Verkehr auf den sich kreuzenden Verkehrswegen wird während der Baudurchführung einschließlich Abnahme, Vermessung und Bauwerksprüfung so wenig wie möglich beeinträchtigt.*

**§ 5 Abnahme, Vermessung, Bestandsunterlagen**

- (1) Das Verfahren hinsichtlich der Abnahme, Vermessung und Erstellung der Bestandsunterlagen erfolgt nach Maßgabe der „Richtlinien für die Planung, Baudurchführung und Abrechnung von Maßnahmen nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz“ (ARS Nr. 10/2014 vom 18.11.2014).

Ergänzend zu diesen Richtlinien vereinbaren die Beteiligten folgendes:  
.....

- (2) Für die erste Hauptprüfung sind die DIN 1076 / RL..... der DB Netz AG zu beachten.
- (3) Der jeweils Baudurchführende wird .... Wochen vor der Abnahme zu einer gemeinsamen Begehung einladen und gleichzeitig den genauen Termin der Abnahme bekannt geben.

**Alternative zu § 5 Abs. 3**

*Der jeweils Baudurchführende wird den jeweiligen Träger der Erhaltungslast .... Wochen vor der Abnahme zu einer gemeinsamen Begehung einladen und gleichzeitig die genauen Termine für die Durchführung der 1. Hauptprüfung sowie der Abnahme bekannt geben.*

- (4) Der Status des geodätischen Datums (Referenzsystem und Projektion) wird zwischen den Kreuzungsbeteiligten wie folgt festgelegt:  
.....
- (5) Der jeweils andere Beteiligte erhält Bestandsübersichtspläne der Kreuzungsanlage. Der jeweilige Träger der Erhaltungslast erhält alle für die Erhaltungszwecke seiner Anlagen erforderlichen Bauwerksunterlagen in ... Ausfertigungen. Die Bestandspläne sind im Standard der vorhandenen Bauwerksunterlagen/im Standard ..... zu erstellen. Die Pläne werden bis spätestens ..... übergeben.
- (6) Für digital erstellte Bestandspläne und Vermessungsunterlagen wird folgendes Format der erforderlichen Dateien festgelegt:  
.....

## § 6 Kosten der Maßnahme

- (1) Der Umfang der kreuzungsbedingten Kosten (Kostenmasse) wird unter Beachtung des § 12 EKrG, der 1. Eisenbahnkreuzungsverordnung (1. EKrV) sowie der dazu ergangenen und von den Kreuzungsbeteiligten eingeführten/anerkannten Durchführungsbestimmungen des BMVI ermittelt (u.a. Allgemeines Rundschreiben Straßenbau (ARS) Nr. 8/1989 vom 17. Mai 1989 - StB 17/E 10/E 14/78.10.20/19 Va 89 – „Richtlinien zur Ermittlung und Aufteilung der Kostenmasse bei Kreuzungsmaßnahmen“)<sup>7</sup>.
- (2) Die Kosten der Maßnahme (§ 2) betragen nach der als Anlage beigefügten „Zusammenstellung der voraussichtlichen Kosten“ voraussichtlich ca. ....EUR, einschließlich anfallender Umsatzsteuer und Verwaltungskosten.

Sie sind in voller Höhe / *in Höhe von* voraussichtlich ..... EUR kreuzungsbedingt und werden insoweit nach § 12 Nr. 1 EKrG von der DB Netz AG / *vom Straßenbaulastträger*<sup>8</sup> getragen.

### **Alternative zu § 6 Abs. 2.; Satz 2:**

*Sie sind in voller Höhe / in Höhe von voraussichtlich ..... EUR kreuzungsbedingt und werden insoweit nach § 12 Nr. 2 EKrG von der DB Netz AG und vom Straßenbaulastträger getragen.*

*Von den kreuzungsbedingten Kosten entfallen nach § 12 Nr. 2 EKrG*

- *auf die DB Netz AG ..... v. H., voraussichtlich ..... EUR,*
- *auf den Straßenbaulastträger<sup>9</sup> ..... v. H., voraussichtlich ..... EUR.*

*Die Ermittlung des Kostenteilungsschlüssels erfolgt nach Fiktiventwürfen / nach dem in den Rundschreiben des Bundesministeriums für Verkehr vom 29. Januar 1973 (VkB1. 1973 S. 138) und 20. Mai 1985 (ARS 10/1985 – VkB1. 1985 S. 387) beschriebenen vereinfachten Verfahren.*

*Die Einzelheiten der Kostenteilung nach § 12 Nr. 2 EKrG ergeben sich aus der / den Anlage/n Nr. ... , die Bestandteil dieser Vereinbarung werden.*

### **Alternative zu § 6 Abs. 2:**

- (2) *Die Beteiligten konnten sich nicht über den Umfang der Kostenmasse und/oder die Kostenteilung einigen.*

*Die DB Netz AG vertritt die Auffassung, dass .....*

*Der Straßenbaulastträger vertritt hingegen die Auffassung, dass ...*

*Die DB Netz AG / Der Straßenbaulastträger wird hierzu*

- *eine Anordnung des BMVI/der von der Landesregierung bestimmten Behörde im Kreuzungsrechtsverfahren gemäß § 10 Abs. 4 EKrG beantragen.*

**[oder]**

- *eine gerichtliche Klärung veranlassen.*

<sup>7</sup> Weitere Durchführungsbestimmungen sind bei den entsprechenden Absätzen aufgeführt.

<sup>8</sup> Wenn sich ein weiterer Straßenbaulastträger an den kreuzungsbedingten Kosten der Straße beteiligt, ist dieser nachrichtlich aufzuführen.

<sup>9</sup> Wie vor

*Bis zu einer endgültigen Entscheidung werden die strittigen Kostenanteile von dem..../der ... getragen. Der nach der Entscheidung auszugleichende Betrag ist mit 4 % pro Jahr ab Rechnungslegung zu verzinsen.*

- (3) Anfallende Umsatzsteuer gehört zur Kostenmasse.
- (4) Bei der Berechnung der Personalkosten nach § 4 Abs. 2 Nr. 1 der 1. EKrV sind die Kosten für das tatsächlich eingesetzte Personal anzusetzen (Schreiben des BMVI vom 18.09.95 - StB 17/E 11/E16/78.11. 00/27 Va 95).

Bewertungsgrundlage für die Eigenleistungen der DB Netz AG sind die örtlichen „Dispositiven Kostensätze“ (Dispo-Kosa) ohne Zuschläge. Sie stellen die Basis der Kostenrechnung der DB Netz AG dar, die vom Bund anerkannt wird. Die Kostensätze unterliegen der jährlichen Überprüfung durch einen unabhängigen Wirtschaftsprüfer. Bei Bedarf werden die örtlichen Kostensätze für die in Betracht kommenden Leistungen von der DB Netz AG mitgeteilt (s. Rundschreiben (RS) BMVI - StB 15/7174.2/5-07/1220977 vom 10.06.2010).

Für die Berechnung der Personalkosten des Straßenbaulastträgers findet der in seinem Zuständigkeitsbereich für die Abwicklung von Schadensfällen gegenüber Dritten bei Beschädigung von Straßeneigentum für Bundes-, Landes- und Kreisstraßen geltende Stundensatz Anwendung.

- (5) Die Beteiligten werden Verwaltungskosten nach § 5 der 1. EKrV in Höhe von 10 v. H. der von ihnen aufgewandten kreuzungsbedingten Grunderwerbs- und Baukosten in Rechnung stellen (RS BMVI - StB 15/7174.2/5-14/2095549 vom 29.01.2014 geändert mit RS BMVI – StB 15/7174.2/5-14/2657509 vom 15.12.2016).
- (6) Nachweisbare Kosten für Betriebserschwernisse während der Bauzeit gehören (als Baukosten) nur zur Kostenmasse, soweit sie den Kreuzungsbeteiligten selbst entstehen (RS BMVI - S 16/78.11.00/13 B 03 vom 28.09.2004).
- (7) Aufwendungen für erforderliche Änderungen an den im Eigentum der DB Netz AG stehenden betriebsnotwendigen Bahn-Telekommunikationsanlagen gehören zur Kostenmasse (Schreiben BMVI - S 16/78.11.00/2 Va 03 vom 23.01.2003 und S 16/78.11.00/1 BE 05 vom 23.08.2005).
- (8) Für die Verlegung, Änderung oder Sicherung von Telekommunikationslinien, die nicht zu den Eisenbahn- oder Straßenanlagen gehören, gelten die Bestimmungen des Telekommunikationsgesetzes (TKG), soweit keine besonderen vertraglichen Regelungen bestehen.
- (9) Von den Kosten für Leitungsanpassungsarbeiten werden nur die Anteile der Kostenmasse angelastet, die ein Beteiligter als Baulastträger eines der beteiligten Verkehrswege zu tragen hat. Nicht zur Kostenmasse zählen die auf Grund bestehender Rechtsverhältnisse von Dritten (z.B. Konzessionsverträge) zu übernehmenden Kosten. Diese sind erforderlichenfalls von den jeweiligen Vertragspartnern bis zur Durchsetzung ihrer Ansprüche vorzufinanzieren.

Wenn beide Kreuzungsbeteiligte für ein und dieselbe Leitung Verträge mit unterschiedlichen Folgekostenregelungen geschlossen haben, gilt Folgendes:

Die dem Ver- bzw. Entsorgungsunternehmen (VU) aufgrund der Leitungsänderung entstehenden Gesamtkosten sind jeweils zu 50 % dem Vertragsverhältnis mit dem Straßenbaulastträger und zu 50 % dem Vertragsverhältnis mit der DB Netz AG zuzuordnen. Das VU trägt von der einen Hälfte der Gesamtkosten die Kosten gemäß der vertraglichen Folgekostenregelung mit dem Straßenbaulastträger (z. B. Rahmenvertrag / Mustervertrag). Von der anderen Hälfte der Gesamtkosten trägt das VU die Kosten gemäß den Folgekostenregelungen mit der DB Netz AG (z. B. Gas- und Wasserleitungs Kreuzungsrichtlinien). Anstelle des Vertragsverhältnisses mit dem Straßenbaulastträger kann auch eine gesetzliche Folgekostenregelung treten. Die Abrechnung gegenüber dem VU erfolgt durch den Kreuzungsbeteiligten, welcher die Baudurchführung insgesamt bzw. die für die Leitungsänderung maßgeblichen Teile der Baudurchführung übernommen hat.

(10) *Die nicht kreuzungsbedingten Kosten für .....in Höhe von voraussichtlich.....EUR trägt die DB Netz AG/der Straßenbaulastträger<sup>10</sup>.*

(11) Die endgültigen Kosten ergeben sich aus der Schlussrechnung.

## **§ 7 Abrechnung**

(1) Das Verfahren zur Abrechnung der Kreuzungsmaßnahme zwischen den Kreuzungsbeteiligten erfolgt nach Maßgabe der „Richtlinien für die Planung, Baudurchführung und Abrechnung von Maßnahmen nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz“ (ARS Nr. 10/2014 vom 18.11.2014).

Ergänzend zu diesen Richtlinien vereinbaren die Beteiligten folgendes:  
.....

(2) Die Kreuzungsbeteiligten übernehmen die Abrechnung für die von Ihnen durchgeführten Maßnahmen gemäß § 4 der Vereinbarung.

(3) Die Schlussrechnung wird von der DB Netz AG / dem Straßenbaulastträger erstellt.

## **§ 8 Grundinanspruchnahme**

(1) Die DB Netz AG / der Straßenbaulastträger duldet die Änderung der Kreuzungsanlage unentgeltlich auf Dauer gemäß § 4 Abs. 2 EKrG. Ein Grunderwerb findet insoweit nicht statt.

(2) Die DB Netz AG / der Straßenbaulastträger gestattet dem Straßenbaulastträger / der DB Netz AG während der Baudurchführung unentgeltlich die Inanspruchnahme seiner/ihrer an die Kreuzungsanlage angrenzenden öffentlichen Verkehrsflächen.

Die DB Netz AG / der Straßenbaulastträger verpflichtet sich, bei Inanspruchnahme dieser Flächen die verkehrlichen und betrieblichen Belange des anderen Kreuzungsbeteiligten angemessen zu berücksichtigen. Art und Umfang der Inanspruchnahme werden gemeinsam dokumentiert. Nach Beendigung der Bauarbeiten sind die genutzten Flächen unverzüglich in dem Zustand zurück zu geben, wie sie übernommen wurden.

---

<sup>10</sup> Wenn sich ein weiterer Straßenbaulastträger an den nichtkreuzungsbedingten Kosten der Straße beteiligt, ist dieser nachrichtlich aufzuführen.

- (3) Die DB Netz AG /der Straßenbaulastträger führt den Grunderwerb von Dritten insgesamt durch.

**Alternative zu § 8 Abs. 3**

*Die DB Netz AG führt für die Maßnahmen nach § 2 Abs. 1 Buchst. ... und der Straßenbaulastträger führt für die Maßnahmen nach § 2 Abs. 1 Buchst ... den Grunderwerb durch.*

- (4) Für folgende Grundstücke soll die DB Netz AG / der Straßenbaulastträger<sup>11</sup> Grundstückseigentümer werden:

.....

.....

**§ 9 Erhaltung und Eigentum**

- (1) Für die Erhaltung der Kreuzungsanlagen gilt § 14 EKrG.

Danach erhält

- a) die DB Netz AG .....
- b) der Straßenbaulastträger<sup>12</sup> .....

- (2) Die Beleuchtung und/oder die Verankerung der Oberleitungsanlagen (z.B. für Straßenbahn) an der Eisenbahnüberführung und/oder die Entwässerung der Straßenanlagen unterhalb der Eisenbahnüberführung gehören/gehört zu den Straßenanlagen.

**Alternative zu § 9 Abs. 2**

*Die Verankerungen der Oberleitungsanlagen an der Straßenüberführung und/oder die Entwässerung der Eisenbahnanlagen unterhalb der Straßenüberführung gehören/gehört zu den Eisenbahnanlagen*

- (3) Für Erhaltungsmaßnahmen, die Anlagen des anderen Beteiligten betreffen, wird dessen vorherige Zustimmung eingeholt, es sei denn, dass Gefahr im Verzuge ist. Dabei werden auch der Umfang der Mitbenutzung der Anlagen des anderen Beteiligten sowie ggf. erforderliche Sicherheitsvorkehrungen festgelegt.
- (4) Die Verkehrssicherungspflicht für die Anlagen und/oder die Verkehrswege unterhalb der Straßenüberführung/der Eisenbahnüberführung obliegt der DB Netz AG/dem Straßenbaulastträger<sup>13</sup>.
- (5) Wenn ein Kreuzungsbeteiligter Anlagen des anderen Beteiligten erstellt, geht mit der Abnahme (§ 640 BGB/§ 12 VOB/B) die Verkehrssicherungspflicht auf den jeweiligen Erhaltungspflichtigen über. Sofern die gemäß Abnahmeprotokoll festgestellten Mängel zunächst der Verkehrsfreigabe/Inbetriebnahme entgegenstehen, übernimmt der Erhaltungspflichtige die Verkehrssicherungspflicht spätestens mit der Verkehrsfreigabe/Inbetriebnahme.

---

<sup>11</sup> Wenn mehr als ein Straßenbaulastträger Grundstückseigentümer werden soll, sind diese getrennt aufzuführen.

<sup>12</sup> Wenn mehr als ein Straßenbaulastträger Erhaltungspflichtiger wird, sind diese getrennt aufzuführen.

<sup>13</sup> Wie vor, jedoch bezogen auf Verkehrssicherungspflicht

## Hinweis:

### **Im Falle einer zu erstellenden Ablösungsberechnung folgende Ergänzung:**

- (6) Die zukünftigen **Erhaltungskosten** werden der DB Netz AG/dem *Straßenbaulastträger* nach § 15 Abs. 2 und Abs. 4 EKrG abgelöst.

Für die nach der verkehrsbereiten Fertigstellung erforderlich werdende Ablösungsberechnung sind die Verordnung zur Berechnung von Ablösungsbeträgen nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz, dem Bundesfernstraßengesetz und dem Bundeswasserstraßengesetz (Ablösungsbeträge-Berechnungsverordnung – ABBV) sowie die dazu ergangenen Richtlinien (ARS Nr. 26/2012 StB 157174.1/4-1/1816030 vom 12.12.2012) maßgebend.

#### ***Ggf. zusätzlich:***

*Die Kreuzungsbeteiligten haben sich darauf verständigt, eine vorläufige, vereinfachte Ablösungsberechnung zu erstellen. Diese ist unverbindlich und dient nur der Einplanung der voraussichtlich notwendig werdenden Haushaltsmittel. Der voraussichtlich anfallende Ablösungsbetrag wurde von der DB Netz AG/dem Straßenbaulastträger ermittelt und beläuft sich auf ..... EUR.*

## **§ 10 Sonstiges**

- (1) Genehmigungen für die Verlegung von Leitungen und für den An- oder Einbau sonstiger Einrichtungen durch Dritte obliegen jedem Beteiligten für seinen Verkehrsweg. Jeder Beteiligte wird dafür Sorge tragen, dass dem anderen Beteiligten Gelegenheit gegeben wird, seine Interessen zu vertreten, wenn die Verlegung von Leitungen und der An- oder Einbau sonstiger Einrichtungen Auswirkungen auf Anlagen des anderen Beteiligten oder dessen Verkehr haben kann.
- (2) Für den Fall, dass die Einleitung des Oberflächenwassers eines Verkehrsweges in die Entwässerungsanlagen des kreuzenden Verkehrsweges erforderlich wird, gestattet die DB Netz AG/der *Straßenbaulastträger* dem *Straßenbaulastträger/der DB Netz AG* unwiderruflich die unentgeltliche Einleitung des Oberflächenwassers in die Eisenbahnentwässerung/die Straßenkanalisation. Für den Fall, dass die Abwasseranlage in der Baulast eines Dritten steht, ist eine gesonderte Vereinbarung oder sonstige Regelung mit diesem zu treffen.
- (3) Der Erhaltungspflichtige eines Kreuzungsbauwerks ist nicht verpflichtet, die Ansichtsflächen zu säubern. Der Baulastträger des jeweils unterführten Verkehrsweges ist berechtigt, Ansichtsflächen im Bedarfsfall auf eigene Kosten zu säubern. Ausgleichsansprüche bzw. Ansprüche auf Vornahme entsprechender Maßnahmen gegenüber dem/den anderen Kreuzungsbeteiligten sind insoweit ausgeschlossen.

#### ***Ggf. zusätzlich:***

- (4) *Der Übergang zwischen der Eisenbahnüberführung und den beiderseits anschließenden Rampenbauwerken wird durch Schein- oder Konstruktionsfugen gekennzeichnet und der Eisenbahnanlage/der Straßenanlage zugeordnet.*

